

## Haushaltsrede 2012

Meine sehr geehrten Herren und Damen Ratsmitglieder, sehr geehrte Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Empore, sehr geehrte Herren und Damen von der Presse,

eine Haushaltsrede zu halten fällt in dieser Zeit wahrlich nicht leicht. Ich bin nun seit 17 Jahren Bürgermeisterin dieser Stadt, seit 12 Jahren in hauptamtlicher Funktion. Ich kann mich jedoch nicht erinnern, dass unsere kommunale Finanzpolitik jemals unter derart unsicheren Rahmenbedingungen gestanden hat, wie sie seit einiger Zeit und insbesondere aktuell gegeben sind.

Das Wort „Krise“ ist in aller Munde. Immobilienkrise, Bankenkrise, Schuldenkrise, Eurokrise..... Wer bekommt da nicht die Krise, wenn er mit den Turbulenzen am Finanzmarkt tagtäglich in den Medien konfrontiert wird. Bei den Bürgerinnen und Bürgern ist ein hohes Maß an Verunsicherung eingetreten. Selbst Finanzfachleute wissen nicht, wie sich die Geschehnisse insbesondere in Europa auf den Geldmarkt, den Wohlstand und unsere Zukunftssicherung auswirken. Hinzu kommt die Sorge um den Verlust der politischen Stabilität in Europa.

Auf Europa- und Bundesebene werden milliardenschwere Rettungsschirme geschnürt. Es ist von Summen die Rede, die einen ganz schwindelig machen. Wahrscheinlich können nur noch die wenigsten sagen, wie viele Nullen die im Raume stehenden Zahlen haben. Und in einer solchen Zeit sollen wir Kommunen, die wir ganz am

Ende der staatlichen Finanzkette stehen, eine solide Haushaltspolitik betreiben. Wir sollen nach Grundsätzen des NKF wirtschaften, wir sollen unsere Haushalte ausgleichen, wir sollen die Infrastruktur sichern, wir sollen unser Leistungsangebot weiter ausbauen und das, obwohl immer weniger Geld dafür zur Verfügung steht, obwohl der demografische Wandel bereits spürbar ist, obwohl sich Versäumnisse insbesondere bei der Integration und Familienpolitik in Bund und Land in früheren Jahren heute mehr und mehr auswirken. Ganz zu schweigen davon, dass jede Kommune noch so ihre eigenen Herausforderungen zu bewältigen hat. Für Gütersloh nenne ich da exemplarisch den Abzug der Briten. Übrigens auch ein Beispiel dafür, dass wir - ohne jeden Einfluss zu haben - durch Fremdbestimmung vor einen – sicher auch finanziellen – Kraftakt gestellt werden.

Meine Herren, meine Damen, wie betreibt man in einer solchen Zeit seriöse Haushaltspolitik? Kommt es angesichts von Rettungspaketen mit hunderten Milliarden Euro auf die paar „Milliönchen“ Schulden in Gütersloh mehr oder weniger wirklich an? Sind Rettungsschirm und Hebel nicht verlockendere finanzpolitische Instrumente als Schuldenbremse und Haushaltskonsolidierung? Lohnt es sich am Ende tatsächlich, zu sparen oder sind am Ende diejenigen die Dummen, die noch Geld haben?

Fragen, die m. E. nicht rein finanzwissenschaftlicher Antworten bedürfen, sondern deren Antworten auch gemessen an moralischen Maßstäben gefunden werden müssen. Wir haben hier in Gütersloh gerade in den letzten Jahren immer wieder die Worte „Generationengerechtigkeit“ und „Zukunftssicherung“ bemüht. Wenn das weiterhin unsere Handlungsmaximen sind - und das kann ich für meine Person

uneingeschränkt bejahen - gibt es auf all die Fragen nur eine Antwort: Ja, ein strukturell ausgeglichener Haushalt muss weiterhin Ziel sein. Und wenn wir aufgrund der Rahmenbedingungen, die uns Bund und Land geben, gezwungen sind, Kredite aufzunehmen, dann so wenig wie möglich und gerade so viel wie nötig, um unseren gesetzlichen Pflichten nachzukommen, aber auch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Stadt nicht zu gefährden.

Und genau an dieser Stelle sind wir im Zentrum der Gütersloher Haushaltspolitik.

Für Einige von Ihnen, meine Herren und Damen Ratsmitglieder, steht das Sparen im Vordergrund. Und das ist grundsätzlich richtig, aber eben auch nur grundsätzlich. Denn Sparen darf man nicht um jeden Preis. Man darf vielmehr nicht über seine Verhältnisse leben und das ist ein Unterschied! Daher würde ich es lieber sehen, wenn wir von „sparsam wirtschaften“ reden und nicht von „sparen“. Denn wir alle haben doch gemeinsame inhaltliche Ziele und nicht nur finanzmathematische. Wir alle - das unterstelle ich jetzt einfach mal - haben das Ziel, Gütersloh als attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort zu erhalten und weiterzuentwickeln mit allem, was dazu gehört. Dazu gehört es sicherlich auch, im notwendigen Umfang Geld zu investieren. Notwendig nicht nur im Sinne rechtlicher Erforderlichkeit, sondern auch im Sinne angemessener strategischer Weiterentwicklung der Stadt und intergenerativer Gerechtigkeit.

Und es ist eine echte Gradwanderung, haushaltspolitisch zu entscheiden, wo das Notwendige aufhört, das Wünschenswerte beginnt

und wo schließlich das Wünschenswerte an die Grenze zum Unnötigen stößt.

Für Einige von Ihnen wiederum ist sparen zwar auch wichtig, aber sie sind bereit, mehr Geld in die Hand zu nehmen für Maßnahmen, von denen sie glauben, dass sie gut für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger sind. Sie sind der festen Überzeugung, dass es sich lohnt - notfalls auch unter neuer Kreditaufnahme - in bestimmte Handlungsfelder, wie beispielsweise Bildung oder Integration zu investieren, da diese Investitionen helfen, zukünftige Lasten zu vermeiden und damit sogar auf lange Sicht insgesamt wirtschaftlicher sein können. Mit anderen Worten: Wenn es die „richtigen“ Schulden sind, sind auch diese generationengerecht. Aber wer will das genau beurteilen und berechnen können?

Meine Herren und Damen, über die „richtige“ Haushaltspolitik kann man daher sicher unterschiedlicher Meinung sein und das wird sich ja auch, wie alle Jahre wieder, in den anstehenden Debatten zeigen.

Aber eines sollte uns klar sein: Wir können froh sein, hier in Gütersloh noch recht gute Verhältnisse vorzufinden. Wir gehören zu den wenigen Städten im Lande, in denen sich die Haushaltsdebatten nicht auf gegenseitige Vorwürfe, wer die Misere zu vertreten hat, reduzieren müssen. Wir haben hier noch echten Gestaltungsspielraum.

Ja, es ist richtig, dass wir Schulden haben, und es ist auch richtig, dass der Haushalt mit rund 3,9 Millionen € immer noch einen Fehlbetrag ausweist, der aber letztlich auch vorsichtiger Haushaltsplanung entspringt - wobei wir jetzt nicht stärkere rezessive Tendenzen

eingepplant haben. Aber das sind im Verhältnis zur Finanzkraft der Stadt keine allzu großen Summen und solange wir Zinsen und ordentliche Tilgung aus dem laufenden Haushalt erwirtschaften, steht es doch nicht schlecht.

Und genau wie im laufenden Haushaltsjahr 2011 ist es nicht unrealistisch, dass sich der Haushalt 2012 am Ende im Jahresergebnis ausgeglichen darstellen kann, wenn er sich etwas besser entwickelt als es unsere - richtigerweise eher zurückhaltenden und vorsichtigen - Prognosen annehmen. Und das im Lichte der vorhandenen Investitionstätigkeit! Was will man in diesen Zeiten eigentlich mehr? Kurz gesagt: Gütersloh geht es verhältnismäßig gut. Wer nach Gütersloh zieht oder hier ein Unternehmen gründet, hat es mit einer starken Stadt zu tun, die einen hervorragenden Wohn- und Wirtschaftsstandort darstellt.

Während andere Städte im Nothaushalt feststecken- und das sind immerhin 138 in NRW-, von Kassenkrediten erdrückt werden, Abwanderungen von Bürgern und Unternehmen zu beklagen haben und ganze Stadtteile veröden, befinden wir uns in der verhältnismäßig komfortablen Situation, politische Diskussionen z. B. darüber zu führen, ob zum jetzigen Zeitpunkt über den Kolbeplatz hinaus auch das Wellerdiek-Areal bebaut werden soll oder ein neues Hallenbad errichtet werden soll. Woanders werden Bäder einfach geschlossen

Wer nicht so recht glauben mag, dass es uns in Gütersloh noch verhältnismäßig gut geht, halte sich eine Umfrage der kommunalen Spitzenverbände vor Augen, nach der im Finanzplanungszeitraum über 90 Prozent der Städte und Gemeinden ihre Ausgleichsrücklage verbraucht haben werden und nur 8 können ihren Haushalt strukturell

ausgleichen, also ohne Eigenkapitalverzehr auskommen. Da können Sie dann einordnen, wo Gütersloh wirklich steht.

Dass wir aber da stehen, wo wir jetzt sind, kommt nicht von ungefähr. Rat und Verwaltung haben in den vergangenen Jahren und ganz besonders in den letzten sehr schwierigen Jahren, nachgewiesen gute Arbeit geleistet. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an unsere Konsolidierungsbeschlüsse aus 2009/2010 und auch die Prüfungsergebnisse der GPA. Dass wir uns heute in einer recht komfortablen Ausgangssituation für die künftigen Herausforderungen befinden, verdanken wir unserer disziplinierten Haushaltspolitik. Und wenn ich „unserer“ sage, so meine ich das auch so. Sowohl in der Verwaltung als auch im Rat war eine breite Übereinkunft darüber vorhanden, dass schmerzhaft Einschnitte nötig sind, um eine kurzfristig drohende Haushaltssicherung zu vermeiden. Die Vermeidung der Haushaltssicherung ist uns gelungen und bei aller Unsicherheit in der Finanzplanung und bei allen Herausforderungen, die noch anstehen – ich erwähne hier nur mal den Abzug der Briten, die Stadthalle und das Feuerwehrgerätehaus - sind wir derzeit auch ein gutes Stück davon entfernt, unsere finanzielle Handlungsfähigkeit zu verlieren. Auch wenn sich in der jüngsten Steuerschätzung von November die Wachstumsprognosen etwas abgeschwächt haben und die europäische Kommission auch die Konjunkturerwartungen deutlich gebremst hat, wir können einigermaßen optimistisch in die Zukunft blicken, ... aber wer weiß schon, wie es in ein/zwei Jahren aussieht?

Doch bevor wir zu euphorisch werden, sollten wir uns an meine Eingangssätze erinnern. Die Finanzplanung ist aufgrund der gesamtfinanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit einigen Risiken

behaftet. Und wir müssen weiterhin mit Augenmaß wirtschaften, um die Kraft zu haben, die anstehenden Herausforderungen zu meistern. Denn für mich ist klar: Es wird kein „immer mehr“ geben. Alles, was wir uns leisten, muss auch bezahlt werden und angesichts der Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur und der aktuellen Finanzmarktaktivitäten frage nicht nur ich mich, wie lange werden die Sozialsicherungssysteme noch funktionieren? Wann ist auch Deutschland am Ende seiner finanziellen Kräfte? Wann kommt es bei uns zu radikalen Einschnitten?

Völlig unverständlich ist für mich nach wie vor, dass angesichts der drohenden Probleme auf Bundesebene von Steuer- und Sozialversicherungsbeitragssenkungen die Rede ist und weitere Geschenke verteilt werden. Das ist – und dabei spielt es, glaube ich, keine Rolle, wer im Moment das Sagen hat - nicht die verantwortungsvolle Politik, die ich erwarte, und es ist leider auch eine Politik, die unsere kommunalen Bemühungen, einen Sinneswandel in der Bevölkerung und Verständnis für notwendige Einsparungen bzw. den Verzicht auf Mehrausgaben zu erreichen, einmal mehr konterkariert.

Positiv muss allerdings erwähnt werden, dass der Bund sich zur Übernahme von Kosten der Grundsicherung bereit erklärt hat, was auch einen Entlastungseffekt für die Kommunen hat. Leider zeichnet sich aber auch hier ab, dass die Entlastung durch den Kostenanstieg bei der Behindertenhilfe nahezu aufgezehrt wird.

Auch auf Landesebene gibt es aus kommunaler Sicht finanzpolitischen Diskussionsbedarf. Zwar ist die Verteilungsmasse im Rahmen des GFG auf ein historisches Hoch gestiegen und die Aufstockung um rund 300 Millionen € ist ausdrücklich zu begrüßen, doch mit dem

Stärkungspaktgesetz und der Abundanzumlage stehen Instrumente im Raum, deren bisherige Ausgestaltung so aus Sicht der Kommunen keine ungeteilte Zustimmung verdient. Zwar ist der Stärkungspakt Stadtfinanzen ein richtiger, fortschrittlicher und wichtiger Schritt. Allerdings ist der vom Land zugesagte Betrag von 350 Millionen € zu gering. Im Gutachten von Junkernheinrich und Lenk ist vielmehr von einem strukturellen Bedarf von über 2,5 Milliarden € die Rede. In diesem Zusammenhang muss man sich alleine mal den Krassenkreditbestand der Kommunen von mehr als 21 Milliarden € vor Augen führen.

Einer Abundanzumlage ist m. E. mit großer Skepsis zu begegnen. Es kann nicht sein, dass fehlende Finanzmittel des Bundes und Landes durch Komplementärmittel der Kommunen finanziert werden. Interkommunale Solidarität ist wichtig und in diesem Zusammenhang sollte man sich auch einer kommunalen Mitfinanzierung nicht verschließen. Allerdings bedarf es eines gerechten Systems. Und das kann ich im Moment noch nicht erkennen. Ein Beispiel: Der Kreis Gütersloh hat ausgerechnet, dass zwar der Kreis Minderausgaben bei der Grundsicherung in Höhe von 10 Millionen € haben wird, die voraussichtliche Belastung seiner Kommunen durch die Abundanzumlage aber etwa den doppelten Betrag erreichen wird.

Schlimm wäre es auch, wenn die Kommunen, die erfolgreich gewirtschaftet haben, nunmehr bestraft würden, indem sie Geld an Kommunen weiterreichen müssen, die noch nicht alle Potenziale genutzt haben.

Klar ist aber auch, dass es Städte gibt, deren Sozialstruktur so problematisch ist, dass sie noch so große Anstrengungen unternehmen

könnten; sie können es aus eigener Kraft nicht schaffen. Hier ist Hilfe notwendig und man kann dann nicht etwa aus dem Münsterland oder Ostwestfalen sagen „die im Ruhrgebiet haben schlecht gewirtschaftet“. Das wäre unfair. Hätten wir die strukturellen Rahmenbedingungen, sehe es bei uns auch nicht viel anders aus.

Es bleibt dabei: Für finanzielle Wohltaten durch Bund und Land ist kein Raum. Die explosionsartig steigenden Sozialausgaben muss man vor allem beim Bund in den Griff kriegen. Das gilt insbesondere, weil die Kommunen gerade in NRW noch stärker als die Kommunen anderer Länder von den Sozialausgabelasten betroffen sind. Kostenintensive Aufgabenveränderungen und Standardverschärfungen darf es nicht mehr geben, ohne dass für eine Gegenfinanzierung gesorgt ist. Bund und Land müssen die Kommunen endlich mit ausreichenden Mitteln ausstatten. Erste Schritte sind erkennbar. Der begonnene Weg muss aber konsequent weitergegangen werden. Bund und Land müssen sich der Konsolidierung genauso ernsthaft stellen, wie es von den Kommunen verlangt wird und nicht - ganz im Gegenteil - weitere Versprechungen machen und Geschenke verteilen. Was ich besonders vermisse, ist die fehlende Bereitschaft zu Verzicht und Standardsenkungen. Betreuungsgeld, Studiengebührenfreiheit, beitragsfreies Kindergartenjahr, all das können ja sinnvolle politische Instrumente sein. Auch ich bin für die Entlastung der Familien. Aber man muss auch gleichzeitig sagen, wo das Geld herkommen soll.

Jetzt aber wieder zur Lokalpolitik:

Meine Herren, meine Damen, bevor ich einige Schwerpunkte des Haushaltes 2012 herausstellen möchte, erlauben Sie mir einen kurzen Rückblick auf das in 2011 bereits Erreichte. Erwähnt habe ich schon den Erfolg unseres stetigen Konsolidierungskurses. Und dass sparsames Wirtschaften und Erfolge in der Stadtentwicklung keine Gegensätze sein müssen, sehen wir an einigen Stellen in der Stadt. Ich möchte nur einige wenige Projekte herausgreifen. Da wäre einmal als allererstes die Nachnutzung des ehemaligen Pfeleiderer-Areals zu nennen. Eine solche Entwicklung mit Porta, Brockmeyer und der Wohnbebauung auf der gegenüber liegenden Seite ist ein echter Glücksfall für Gütersloh. Wir können uns glücklich schätzen, ein solches Plus an Einkaufs- und Lebensqualität nach Gütersloh zu bekommen. Dann wäre da noch das neue Theater. Wir hatten gehofft, dass es gut angenommen wird. Aber wer hätte gedacht, dass es sich zu einer solchen Erfolgsgeschichte entwickelt. Die Abonnementreihen sind dem Grunde nach zu 100 % ausverkauft. Das Theater ist ein echtes Markenzeichen für Gütersloh geworden. Und dann wäre da noch die bevorstehende Bebauung des Kolbeplatzes. Endlich gelingen uns hier ein städtebaulicher Abschluss und eine enorme Aufwertung der Innenstadt.

Das sind nur wenige ausgewählte Projekte, die zeigen, wie dynamisch und erfolgreich Stadtentwicklung in Gütersloh betrieben wird. Ich könnte noch vieles mehr nennen, denken Sie alleine mal an die Baumaßnahmen am ESG und am Städtischen Gymnasium.

Bisweilen ist es daher grotesk, auf welchem hohem Niveau dann in der Stadt gemeckert und gejammert wird. Zumal diese Entwicklung nicht zulasten anderer wichtiger städtischer Aufgaben geht, sondern eine echte Bereicherung darstellt, die noch zu allem hinzukommt, was ohnehin auf hohem Niveau vorhanden ist.

Dort, wo wir alleine nicht weiterkommen oder ein Alleingang unwirtschaftlich wäre, suchen wir nach starken Partnern und Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit. Ein prägnantes Beispiel hierfür ist die Beteiligung am interkommunalen Gewerbegebiet Ravenna-Park. Gewerbeflächenentwicklung bleibt aber weiter eine unserer vordringlichsten Aufgaben. Die möglicherweise dafür in Zukunft zur Verfügung stehenden Flächen der britischen Streitkräfte lösen unseren kurz- und mittelfristigen Bedarf eben nicht, können aber für die langfristige Perspektive sicher eine Entlastung sein.

Ein ganz starkes Betätigungsfeld ist das der Familienpolitik. In jüngster Vergangenheit wurde die Familienfreundlichkeit der Stadt – teilweise in populistischer Art und Weise – in Frage gestellt, weil wir einige notwendige Beschlüsse fassen mussten bzw. umgesetzt haben. Ich erinnere hier beispielhaft an die Diskussionen um die Elternbeiträge und die Bädereintrittspreise. Jedoch zu Unrecht. Denn die Stadt Gütersloh ist und bleibt familienfreundlich. Familienfreundlichkeit ist eben auch eine Frage der Finanzen und der intergenerativen Gerechtigkeit. Familien zu unterstützen bedeutet für mich nicht, den heutigen Eltern schuldenfinanzierte Hilfestellung zu geben. Schulden, welche die Kinder eines Tages abtragen müssen. Auf diese Weise würden die Kinder heute schon selbst für ihre Unterstützung zahlen. Nein, das Geld muss

woanders weggenommen werden und die notwendigen Entscheidungen hierüber werden schon lange auf Bundesebene aufgeschoben.

Meine Herren, meine Damen, lassen Sie mich stichwortartig nur wenige Beispiele für Familienfreundlichkeit in dieser Stadt nennen als da wären:

- Bündnis für Erziehung
- Frühwarnsystem
- Sozialraum-Arbeitsgemeinschaften
- Zahl und Qualität der Schulstandorte
- Flächendeckende OGS
- Stadtbibliothek
- Schulbibliotheken
- Projekt Lesespaß
- Elternschulen
- Jugendtreffs
- Übergangsmanagement/Jugendberufshilfe
- Stadtpass
- Kommunales Baulandmanagement

Und vieles, vieles mehr, was ich hier nicht alles aufzählen kann. Denken Sie auch einmal an das vielfältige Engagement der zahlreichen Stiftungen, u. a. an die Bildungsferien oder die Ferienspiele. Das sind Angebote, von denen man in den meisten anderen Städten nur träumt.

Meine Herren und Damen, die Verwaltung hat Ihnen einen Haushalt 2012 vorgelegt, der aus unserer Sicht ebenso sparsam wie zukunftssichernd ist. Er enthält die von uns für notwendig gehaltenen Investitionen in Höhe von rund 24 Millionen Euro. Es sind im Übrigen im

Großen und Ganzen dieselben Investitionen, die wir bereits ins Auge gefasst haben, bevor uns die gute Nachricht von 14,5 Millionen Euro Schlüsselzuweisungen erteilte. Daran erkennen Sie, dass der Wille zur Sparsamkeit ernst ist und wir nicht der Versuchung unterlegen sind, angesichts der verbesserten Haushaltslage, zusätzliche Ausgaben zu tätigen, die wir uns bei schlechterer Finanzlage auch nicht geleistet hätten. Denn wir wissen – wenn auch noch nicht genau - : Mit der notwendigen Sanierung der Stadthalle und den Problemen am Feuerwehrgerätehaus stehen uns noch große Brocken in den nächsten Jahren bevor.

Schwerpunkt der Investitionen in 2012 ist einmal mehr der Jugend- und Bildungsbereich, insbesondere sind hier Gelder für den Neubau von Kindertageseinrichtungen in Avenwedde und Pavenstädt in Höhe von insgesamt 2,5 Millionen Euro eingestellt (von 2011 bis 2013 sind es sogar insgesamt rund 5,5 Millionen Investitionen) und 2,4 Millionen Euro stehen für die Baumaßnahmen am Schulstandort Innenstadt (Sporthalle) zur Verfügung. Hinzu kommen hier noch Einrichtungskosten von 200.000 €. Zusammen mit zahlreichen Sanierungsmaßnahmen, beispielsweise an der Hauptschule Nord oder der Anne-Frank-Schule sind insgesamt fast 8 Millionen Euro Investitionsmaßnahmen im Bereich Jugend und Bildung vorgesehen.

Weiterhin steht ein erster Betrag von 600.000 Euro als Planungsansatz im Zusammenhang mit der Hauptwache der Feuerwehr zur Verfügung. Das ist aber nur der kleine Anfang für eine Investition, die uns in den nächsten Jahren Erhebliches abverlangt.

Wie üblich verschlingen auch der Straßenbau und der Bereich Entwässerung einen Großteil der investiven Mittel. Für beide Bereiche stehen etwa 7 Millionen Euro zur Verfügung. Ein Schwerpunkt ist sicherlich die Maßnahme Lindenstraße, Carl-Bertelsmann-Straße, Kaiserstraße mit fast 900.000 €. Erwähnt sei aber auch das CO 2 – Minderungsprogramm mit immerhin 375.000 €.

Die Dalkerenaturierung ist ebenfalls ein Großprojekt mit einem Gesamtausgabebedarf von 2,8 Millionen €, von denen in 2012 schon mehr als 400.000 € kassenwirksam werden sollen. Wobei ein Großteil durch öffentliche Mittel gefördert ist.

Alles in allem legen wir Ihnen heute als Verwaltung einen soliden Haushalt vor, der eine gute Grundlage für Ihre weiteren Diskussionen ist. Ich danke allen an der Aufstellung Beteiligten, insbesondere Frau Lang, Herrn Monscheidt und sein Team. Das gilt auch für deren Engagement im Bürgerhaushaltsverfahren. Denn nicht vergessen wollen wir, dass unsere Bürgerinnen und Bürger erneut die Möglichkeit haben, sich aktiv in die Haushaltspolitik einzubringen. Gütersloh ist damit weiterhin ganz vorne, wenn es um Bürgerbeteiligung geht. Allerdings bleibt die tatsächliche Beteiligung hier und da hinter den Erwartungen zurück. Aber das kann ja auch eine Aussage sein.

Danken möchte ich aber an dieser Stelle auch einmal allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, denen der Konsolidierungskurs einiges abverlangt hat und noch abverlangen wird. Dass wir insgesamt so gut dastehen, ist auch ihr Verdienst.

Ich freue mich auf die Haushaltsplanberatungen mit Ihnen und danke für das aufmerksame Zuhören!